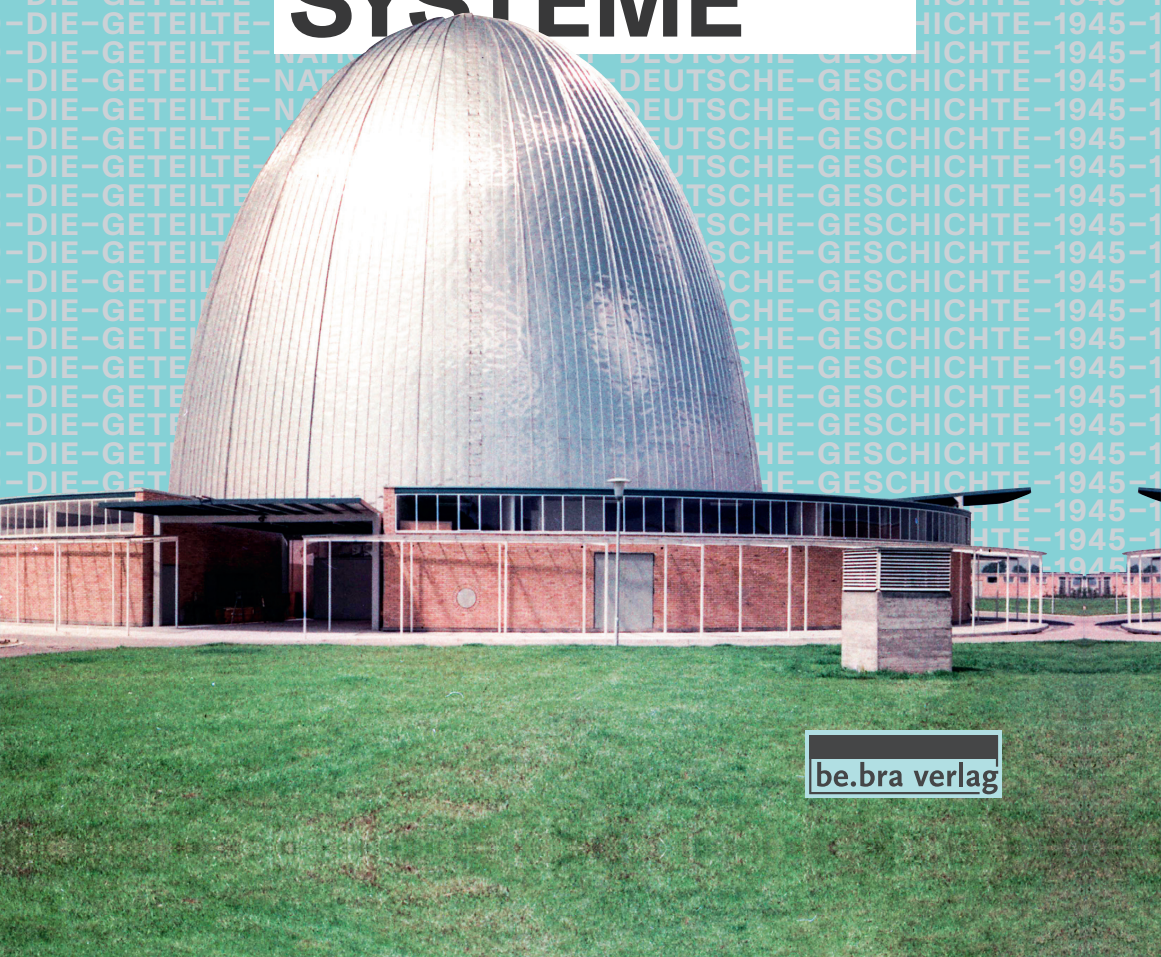
Henning Türk

Kohle, Erdöl und Atomkraft im geteilten Deutschland

TREIBSTOFF DER SYSTEME



be.bra verlag

DIE GETEILTE NATION
Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1990

Herausgegeben von
Stefan Creuzberger, Dominik Geppert und Dierk Hoffmann

Band 3

Henning Türk

TREIBSTOFF DER SYSTEME

Kohle, Erdöl und Atomkraft im geteilten Deutschland

be.bra verlag

Umschlagabbildung vorn (Atomreaktor Garching, 1958):
© Bundesarchiv (B 145 Bild-00006081, Foto: Egon Steiner)

Umschlagabbildung hinten (Demonstration zum 1. Mai 1959 in Ost-Berlin, Modell der Erdölleitung »Freundschaft« / »Druschba«-Pipeline):
© Bundesarchiv (Bild 183-63800-0009, Foto: Krueger)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.
Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos, in weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

© be.bra verlag GmbH
Berlin-Brandenburg, 2021
KulturBrauerei Haus 2
Schönhauser Allee 37, 10435 Berlin
post@bebraverlag.de
Lektorat: Gabriele Dietz, Berlin
Umschlag: fernkopie, Berlin
Satz: typegerecht berlin
Schrift: Minion Pro, Helvetica Neue
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck
ISBN 978-3-89809-197-8

www.bebraverlag.de

INHALT

1 **EINLEITUNG** 9

2 **AUSGANGSBEDINGUNGEN: DAS ERBE DER NS-ZEIT (1933–1945)** 15
Autarkie als Staatsziel 17
Reichsbohrprogramm und Erdölimport 20
Treibstoffmangel im Krieg 22
Kohlenförderung im Nationalsozialismus 23

3 **ZWISCHEN PLAN- UND MARKTWIRTSCHAFT: DIE ALLIIERTEN UND DER KOHLENBERGBAU (1945–1949)** 27
Sozialisierungspläne im Ruhrbergbau 29
Widerstand der USA 32
Erste Verstaatlichungen in der sowjetischen Besatzungszone 35
Anfänge der Planwirtschaft in der DDR 38

4 **ZWISCHEN AUTARKIE UND ABHÄNGIGKEIT: DER AUFSTIEG DES ÖLS (1950–1974)** 41
Wirtschaftswunder, Konsumkultur und Siegeszug des Öls in der Bundesrepublik 42
Abhängigkeit der DDR vom Ölimport aus der Sowjetunion 48
Ölembargo und erste Ölkrise 1973 52
Sinkende Energieintensität in der Bundesrepublik 56
Die Folgen der Ölkrise in der DDR 59

5 **STRAHLENDE ZUKUNFT: NUTZUNG DER ATOMENERGIE IN OST UND WEST (1957–1990)** 65
Atomeuphorie in DDR und Bundesrepublik 66
Die Vorbehalte der westdeutschen Wirtschaft 72
Ölkrise und energiepolitisches Umdenken im Westen 74
Die Atompläne der DDR 77
Gescheiterter Reaktorausbau in Ostdeutschland 81

6 **DER SUPER-GAU: TSCHERNOBYL UND DIE ANTI-ATOMKRAFT-BEWEGUNGEN (1986–1990)** 85
Tschernobyl und die Folgen in der Bundesrepublik 85
Die westdeutsche Anti-Atomkraft-Bewegung 90
Politische Konsequenzen in der Bundesrepublik 94
Reaktionen und Berichterstattung in der DDR 97
Staatssicherheit und Atomkraftgegner 99

7 **ENERGIE ÜBER GRENZEN: PIPELINES ZWISCHEN DEN BLÖCKEN (1969–1990)** 105
Energieversorgung durch Erdöltrassen 106
Das Pipelinesystem der Bundesrepublik 107
Sowjetische Pipelines und Röhrenembargo 111
Die »Drushba«-Trasse 116
Erdgas-Röhren-Deals zwischen Bundesrepublik und UdSSR 120

8 **ENERGIE AN DER GRENZE: KOHLEABBAU IM DEUTSCH-DEUTSCHEN GRENZGEBIET (1973–1986)** 127
Von der Kooperation zur Blockkonfrontation 128
Kohleabbau nach dem Grundlagenvertrag 133
Förderung unter Stasi-Überwachung 136

9 **VON »MONDLANDSCHAFTEN« ZU ERHOLUNGSGEBIETEN: UMWELT UND REKULTIVIERUNG (1951–1970)** 139
Energiegewinnung und Umweltfolgen 140
Kohle- und Energiezentrum Lausitz und Landschaftsplanung 142
Die Anlegung des Senftenberger Sees 145
Das rheinische Revier und seine Rekultivierung 148
Landschaftsumgestaltung im rheinischen Revier 151

10 **FAZIT UND AUSBLICK** 155

Anmerkungen 163
Auswahlbibliographie 185
Personen- und Ortsregister 191
Abkürzungsverzeichnis 195
Abbildungsnachweis 197
Dank 198
Der Autor 200

1 EINLEITUNG

»Du hast 'n Pulsschlag aus Stahl,
Man hört ihn laut in der Nacht.
Du bist einfach zu bescheiden,
Dein Grubengold
Hat uns wieder hochgeholt,
Du Blume im Revier …«

Mit diesen Zeilen aus »Bochum« feierte der Popmusiker Herbert Grönemeyer seine vom Bergbau geprägte Heimatstadt an der Ruhr. Der Song erschien auf dem Album »4630 Bochum«, das 1984 zum erfolgreichsten des Jahres avancierte und für Grönemeyer den kommerziellen Durchbruch als Sänger bedeutete.

Anders als es das Lied suggerierte, befand sich der Steinkohlenbergbau mit seinen Ruhrgebietszechen 1984 schon lange im Niedergang. Seinen Förderhöhepunkt hatte er in der Bundesrepublik bereits 1956 erreicht, seine prägende Kraft für bestimmte Städte und Regionen gleichwohl in den 1980er Jahren noch nicht verloren. Das sieht heute, fast 40 Jahre nach »Bochum«, deutlich anders aus. Im Ruhrgebiet ragen nur noch die industriekulturell wertvollen Relikte des Bergbaus in den Himmel, allen voran die Essener Zeche Zollverein, die zum UNESCO-Welterbe zählt. Der Steinkohlenbergbau in Deutschland wurde Ende 2018 mit der Schließung der Zeche Prosper Haniel in Bottrop endgültig eingestellt.

»Ich wurde Bergmann wie mein Vater und fuhr ein,
Aber mein Sohn wird hier kein Bergmann mehr sein.
Die Gleise rosten und das Förderband ist leer,
Die braune Kohle von hier will jetzt keiner mehr …«

Wenige Jahre nach Herbert Grönemeyers Hit verfasste der ostdeutsche Liedermacher Gerhard Gundermann, der selbst als Baggerführer im Braunkohletagebau tätig war, diesen Abgesang auf die Grube Brigitta in der Lausitz, deren Gebiet heute als See touristisch genutzt wird. Gundermann fing mit seinem melancholischen Song die Stimmung in der Lausitz ein, als ein Großteil der ostdeutschen Braunkohlenförderung nach der Wiedervereinigung eingestellt wurde. Anders als der westdeutsche Steinkohlenbergbau, dessen Abstieg durch jahrzehntelange Subventionen sozialpolitisch abgefedert worden war, verlief dieser Prozess in Ostdeutschland sehr schnell. Inzwischen steht die Braunkohlenförderung insgesamt vor dem Aus. Die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission »Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung«, die sich vor allem der Zukunft der Braunkohlenförderung und -nutzung widmete, legte im Januar 2019 ihren Abschlussbericht vor. Darin empfahl sie einen Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2038. Dieser Empfehlung haben sich mittlerweile auch die Bundesregierung und der Bundestag mit dem Kohleausstiegsgesetz angeschlossen, das als Kompensation für die betroffenen Regionen umfangreiche Hilfen vorsieht. Damit wird der Abbau eines Energieträgers endgültig eingestellt, der vor allem für die Energieversorgung der DDR zentral war, gehörte der sozialistische Staat doch zu den größten Braunkohlenförderern weltweit.

Die Förderung von Rohstoffen, die der Energieversorgung dienten, spielte in beiden deutschen Staaten eine wichtige Rolle. Der Steinkohlenbergbau und der Braunkohletagebau waren nicht nur ein entscheidender Baustein für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg der zwei deutschen Staaten nach dem Krieg, sie beeinflussten auch das Selbstverständnis beider Teile Deutschlands und der Deutschen. Einzelne Regionen, wie das Ruhrgebiet oder die Lausitz, zogen sogar ihre regionale Identität aus der historisch engen Verbindung mit dem Bergbau, die bis in die Industrialisierung im 19. Jahrhundert zurückreicht, nicht zuletzt, weil dieser Wirtschaftszweig über einen längeren Zeitraum sehr vielen Menschen Arbeit gab. Atomkraft oder erneuerbare Energien sind demgegenüber Energiearten, die deutlich weniger Arbeitsplätze schaffen und deshalb nicht so stark in die Gesellschaft

hineinwirken. Kohle, Erdöl und Atomenergie sind nicht nur wirtschaftliche Faktoren, sondern sie sind eingebunden in politische, gesellschaftliche und kulturelle Kontexte. Diesen Zusammenhängen von »Energie« in den beiden deutschen Staaten zwischen 1949 und 1990 nachzugehen, ist das Anliegen dieses Buches.

Damit wird ein Aspekt in den Blick genommen, der bisher in der Geschichtsschreibung der deutsch-deutschen Beziehungen nur am Rande thematisiert wurde.[1] Das liegt unter anderem daran, dass es bis heute keine Gesamtdarstellung der Energieversorgung in der Bundesrepublik und der DDR gibt. Ähnlich wie bei der Energiepolitik, die in der Bundesrepublik lange keinen integrierten Ansatz aufwies, sondern sich in Kohle- oder Atompolitik erschöpfte, liegen bisher nur für die einzelnen Energieträger detaillierte Monographien vor. Zudem gibt es kaum Forschungen zur Energiegeschichte, welche die Perspektiven der beiden deutschen Staaten zusammenführen.[2] Hier dominiert immer noch der einzelstaatliche Blick.[3] Dabei verspricht eine Analyse der Energiegeschichte im deutsch-deutschen Zusammenhang in verschiedener Hinsicht wichtige Aufschlüsse.

Betrachtet werden müssen dabei zunächst einmal die Ausgangsbedingungen der beiden Staaten, die mit ihrer Energieversorgung und Energiestruktur auf der NS-Zeit und den Folgen des Zweiten Weltkriegs fußten. Zu fragen ist daher, welche Startbedingungen vorlagen und wie mit ihnen umgegangen wurde. Ein entscheidender Faktor für die weitere Entwicklung war die Besatzungspolitik. Welche Folgen hatte diese in den westlichen Besatzungszonen und der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) für die Energieversorgung und ihre Einbindung in die wirtschaftliche Rekonstruktion? Welche Rolle spielte die Teilung der Welt in ein östlich-kommunistisches Lager unter Führung der Sowjetunion und ein westlich-kapitalistisches Lager unter Führung der USA für die Energieversorgung in den beiden deutschen Staaten? Was bedeutete die Integration der Bundesrepublik beziehungsweise der DDR in die jeweiligen Blockstrukturen für die Energieversorgung? In welcher Hinsicht prägte der Kalte Krieg den Zugang zu Energie und beeinflusste die Struktur der jeweiligen Energiesektoren?

Trotz der Trennung von Ost und West gab es wechselseitige Bezüge. Beide deutschen Staaten und Gesellschaften lebten in einem permanenten Konkurrenzverhältnis zueinander, da ihre Regierungen beweisen wollten, dass ihr politisches und wirtschaftliches System das bessere war. Für diese »Systemkonkurrenz«[4] mit Schaufensterfunktion hinsichtlich der jeweiligen Leistungsfähigkeit war die Energieversorgung eine Grundvoraussetzung, denn Industrieproduktion oder Stromerzeugung waren auf entsprechende Ressourcen angewiesen. Ob sich Plan- oder Marktwirtschaft durchsetzen würden, hing also nicht zuletzt von der Bereitstellung ausreichender und günstiger Energie ab.

Der deutsch-deutsche Blick ist auch in anderer Hinsicht aufschlussreich. Kaum ein Land ist in seiner Energieversorgung autark, ein Teil der Energie muss importiert werden. Energie überschreitet daher Grenzen. Das betrifft die Bundesrepublik und die DDR in zweifacher Hinsicht. Zum einen gab es Kohlevorkommen unmittelbar unter der deutsch-deutschen Grenze, sodass sich beide Staaten einigen mussten, wenn sie diese Vorkommen abbauen wollten. Zum anderen betraf die Grenzüberschreitung den Transport, etwa über die seit dem Ende der 1950er Jahre gebauten Pipelines. Deren Streckenführung schafft oder verhindert Verbindungen, wie sich aktuell beim Streit um die Gaspipeline Nord Stream 2 zeigt. Welches Gewicht hatten solche grenzüberschreitenden Verbindungen für die Bundesrepublik und die DDR? Zu fragen ist auch nach der Gegenvorstellung zur Grenzüberschreitung: der Autarkie. Welche Überlegungen zu möglichen Abhängigkeiten von anderen Ländern oder Autarkie in der Energiepolitik und der Energieversorgung spielten eine Rolle?

Nicht fehlen darf bei einer deutsch-deutschen Betrachtung des Themas die Frage nach dem Zusammenhang von Energie und Zukunftsvorstellungen. Weichenstellungen bei der Energieversorgung werden häufig erst mittel- bis langfristig wirksam, was bedeutet, dass die entsprechenden Schritte sorgfältig bedacht und geplant werden müssen. Zudem amortisieren sich Investitionen in diesem Bereich meist erst langfristig. Durch weit in die Zukunft ausgreifende Planungen und Investitionen entstehen auch Abhängigkeiten hinsichtlich

eines einmal eingeschlagenen Pfades, die nur schwer zu korrigieren sind. Dieser Zukunftsbezug spiegelt sich auch in den aktuellen Diskussionen wider. Wenn beispielsweise die Befürworter der erneuerbaren Energien über Wind- oder Solarenergie sprechen, erwarten sie von deren Nutzung zukünftig eine von anderen Ländern unabhängigere Energieversorgung, eine Stärkung dezentraler Organisationsformen gegenüber zentralen Großprojekten oder ein Abbremsen des Klimawandels. Gleichzeitig erscheinen andere Energieformen, wie etwa die Steinkohle, die früher als »Grubengold«[5] Fortschritt und Wirtschaftsaufschwung verhieß, heute wenig zukunftsträchtig.

Ein besonders eindrucksvolles Beispiel für die enge Verknüpfung von Energie und Zukunftserwartungen ist die Atomenergie. Vor allem in der Anfangsphase der friedlichen Nutzung des Atoms in den 1950er und frühen 1960er Jahren verband eine Welle der Atomeuphorie »in besonders exzessiver Weise Gegenwart und Zukunft«[6]. Dagegen hat die Atomenergie heute, zumindest in Deutschland, ihre Zukunftsfähigkeit verloren. Mit der 2022 anstehenden Abschaltung der Atomkraftwerke Emsland bei Lingen, Isar 2 in der Nähe von Landshut und Neckarwestheim 2 in Baden-Württemberg geht in der Bundesrepublik die Ära der Atomkraft zu Ende. Damit findet in Deutschland – nach dem ersten Anlauf unter der rot-grünen Regierungskoalition – bereits ein zweiter Atomausstieg statt, denn 2022 werden die westdeutschen Bundesländer die Abwicklung nachvollziehen, die im Zuge der Wiedervereinigung bereits auf dem Gebiet der ehemaligen DDR stattgefunden hat. Aufgrund von Sicherheitsbedenken wurde dort der letzte Block des Kernkraftwerks Nord bei Greifswald im Dezember 1990 abgeschaltet. Der zweimalige Ausstieg aus der Produktion von Atomenergie ist bemerkenswert, wenn man sich vor Augen führt, mit welchen Hoffnungen ihre Einführung seit den 1950er Jahren verbunden war. Daher erscheint es besonders aufschlussreich, sich die Zukunftsvorstellungen, die mit den verschiedenen Energieträgern verbunden wurden, klarzumachen und zu überprüfen, inwiefern diese im Zusammenhang mit Energie in der DDR und der Bundesrepublik übereinstimmten oder sich unterschieden.

Für den Bedeutungswandel der verschiedenen Energieträger spielten auch externe Ereignisse eine große Rolle. Beispielsweise veränderten die Ölkrisen von 1973 und 1979 sowie die Reaktorunfälle von Harrisburg 1979 oder Tschernobyl 1986 die Sichtweisen auf das Erdöl und die Atomenergie und damit auch auf die anderen Energieträger. Zu fragen ist daher nach dem Einfluss solcher externen Ereignisse auf die Energieversorgung in den beiden deutschen Staaten. Welche unmittelbaren Wirkungen gingen von diesen Ereignissen aus und wie veränderten sie die Wahrnehmung der Energieträger?

Diese Themen werden in den einzelnen Kapiteln dieses Buches immer wieder aufgegriffen. Die Komplexität der Entwicklung und die Vielfalt der Bezüge führen dazu, dass die Darstellung keinem linearen Narrativ folgt. Die Kapitel entwickeln stattdessen verschiedene Perspektiven auf das Thema Energie, die in ihrer Gesamtschau Antworten auf die Grundfragen der Buchreihe »Die geteilte Nation«[7] geben sollen: Teilten beide deutschen Staaten eine Geschichte oder wurden sie im Laufe der Geschichte stärker geteilt?[8] In welchen Bereichen gab es Parallelen oder gegenläufige Entwicklungen? Nahmen die Bundesrepublik und die DDR aufeinander Bezug oder war der Bezug eher einseitig? Kann man im Energiebereich von einer »asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte«[9] sprechen, da die DDR stärker auf die Bundesrepublik blickte als umgekehrt? Welche Rolle spielten internationale Konstellationen und Ereignisse für die Herausbildung und Entwicklung der beiden deutschen Staaten?

Die Zeit der Zweistaatlichkeit hat zwar 1949 begonnen und ist seit der Wiedervereinigung 1990 abgeschlossen. Sie wirkt jedoch bis heute nach. Insofern schärft das Wissen über die vergangenen Energiegrundlagen auch den Blick auf die heutigen Auseinandersetzungen um eine klimaneutrale Zukunft.

2 AUSGANGSBEDINGUNGEN: DAS ERBE DER NS-ZEIT (1933–1945)

1936 erschien im Leipziger Goldmann-Verlag ein Buch, das in der NS-Zeit zum Bestseller wurde: *Wissenschaft bricht Monopole*[1]. In einer Mischung aus exotischem Abenteuerroman, Heldenepos und vermeintlichen Fakten schilderte der in Wien geborene Journalist und Schriftsteller Anton Zischka die lange Geschichte des Kampfs um Rohstoffe. Dieser sei von einer Auseinandersetzung zweier Ansätze geprägt. Auf der einen Seite stehe der auf Gewinnstreben und Nutzenmaximierung basierende Ansatz, der auf die monopolartige Ausbeutung der Rohstoffe abziele. Diesen identifizierte Zischka vor allem mit Großbritannien. Auf der anderen Seite stehe der wissenschaftliche Weg, bei dem es darum gehe, auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse synthetische Produkte zu entwickeln, welche der gesamten Bevölkerung zugutekommen sollten.

Dieses Heilsversprechen von Wissenschaft und Technik, gepaart mit einem »antikapitalistische[n] Zungenschlag«[2], veranschaulichte Zischka in seinem Buch unter anderem mit dem Verfahren der Kohleverflüssigung, bei der es deutschen Chemikern gelungen war, Benzin aus Kohle herzustellen. Zischka kam im Hinblick auf die Verfügungsgewalt über das Rohöl und die Bedeutung der Kohleverflüssigung zu dem Schluss: »Durch das synthetische Benzin war ungeheuerliche Verschwendung beendet, damit war wieder ein für den Weltfrieden überaus gefährliches Monopol gebrochen […].«[3]

Für die Durchsetzung des wissenschaftlichen Ansatzes sah Anton Zischka die nationalsozialistische Politik als wegweisend an: »Maschinen und Arbeiter, Denker und Volksführer, Forscher und Organisatoren wachsen langsam zu einer Einheit, aus Splittern entsteht ein fester Körper […].«[4] In Analogie zur chemischen Synthese, die

Zischka als zentralen wissenschaftlichen Ansatz ansah, forderte er in seinem Schlusswort »eine noch gewaltigere Synthese«, nämlich die »Synthese aus Glauben und Tat, aus Geist und Materie, aus Technik und Traum, aus harter Realität und phantasiebeschwingter Hoffnung. Die große Synthese, die zur Gemeinschaft führt. Zur Volksgemeinschaft, vielleicht einmal zur Weltgemeinschaft.«[5]

Zischkas unkritische Apotheose von Wissenschaft und Technik avancierte auch deswegen mit 200.000 verkauften Exemplaren bis 1941 zu einem Verkaufsschlager im Deutschen Reich, weil er und sein Verleger Wilhelm Goldmann, ohne es zu ahnen, das Buch zum richtigen Zeitpunkt veröffentlicht hatten. Als es im Oktober 1936 auf den Markt kam, hatte Reichskanzler Adolf Hitler wenige Wochen zuvor auf dem Reichsparteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) in Nürnberg mit großem propagandistischem Aufwand den zweiten Vierjahresplan verkündet. Die neue Marschrichtung zielte auf Autarkie. Zischkas Jubelgesang auf die synthetische Herstellung natürlicher Produkte passte perfekt ins Bild.

Hitler hatte den zweiten Vierjahresplan öffentlich vor allem als wirtschaftliche Notwendigkeit benannt, um langfristig den Beschäftigungsstand zu sichern und den Lebensstandard zu halten. In einer geheimen Denkschrift vom August 1936 hatte er jedoch die hinter dem Plan stehenden politischen und wirtschaftlichen Ziele für die nächsten Jahre überaus deutlich formuliert: So wie »die deutsche Armee […] in 4 Jahren einsatzfähig« sein solle, müsse »[d]ie deutsche Wirtschaft in 4 Jahren kriegsfähig sein«[6].

Die Wirtschaft sollte in dieser Phase voll und ganz der militärischen Aufrüstung dienen und die dafür benötigten Produkte weitestgehend im Deutschen Reich selbst herstellen. Auf diese Weise wollte man Devisen einsparen und sie für diejenigen Rohstoffe und Fabrikate nutzen, die man nicht selbst fördern beziehungsweise erzeugen konnte. Diese Prioritätensetzung hatte große Auswirkungen auf die Energiestruktur des Deutschen Reiches, das sich spätestens seit diesem Zeitpunkt auf dem Weg in den Zweiten Weltkrieg befand.

Die unter Reichsminister Hermann Görings Leitung eingerichtete Vierjahresplanbehörde ging sofort daran, alle Kräfte für die Er-

zeugung der benötigten Energie zu mobilisieren. Insbesondere die Produktion von eigenem Treibstoff rückte dabei in den Fokus. Dafür konnte man zum einen auf die von Zischka geschilderte Kohleverflüssigung zurückgreifen und zum anderen auf das eigene, im Deutschen Reich geförderte Erdöl.

Autarkie als Staatsziel

Für die Kohleverflüssigung wurde in erster Linie die in Deutschland reichlich vorhandene Braunkohle genutzt, aber auch die Steinkohle kam für das neue Verfahren zum Einsatz. Das Grundprinzip hatte der Chemiker Friedrich Bergius bereits vor dem Ersten Weltkrieg entwickelt, für die praktische Umsetzung sorgte in den 1920er Jahren sein Kollege Matthias Pier. Beim Bergius-Pier-Verfahren entstehen durch Hinzufügen von Eisenoxid, Schweröl und Wasserstoff zur Kohle bei großer Hitze und hohem Druck Öle und Gase. Diese können entsprechend weiterverarbeitet werden, unter anderem zu Benzin. Das Bergius-Pier-Verfahren wurde vor allem vom größten Chemiekonzern des Reiches, der Interessengemeinschaft Farbenindustrie AG (I.G. Farben), erforscht und angewandt. Dieser Chemieriese war 1925 durch die Fusion der Firmen BASF, Bayer, Agfa, Hoechst und weiteren chemischen Unternehmen entstanden.[7]

Die Herstellung von Benzin durch Kohleverflüssigung war allerdings teuer und aufwendig. So benötigte man für die Produktion von einer Tonne Benzin fünf Tonnen Steinkohle.[8] Bei der Braunkohle war das Verhältnis noch ungünstiger. Da entgegen den Erwartungen des I.G. Farben-Konzerns der Weltmarktpreis für Öl Ende der 1920er fiel, war das chemisch hergestellte, synthetische Benzin zunächst nicht konkurrenzfähig. 1931 betrug der Weltmarktpreis für einen Liter Benzin 5,2 Pfennige, wohingegen der Literpreis für synthetisches Benzin bei 23 Pfennigen lag.[9] Der Aufstieg der NSDAP erlangte in dieser Phase eine hohe Bedeutung für den Konzern, denn Hitler unterstützte, wie er in einem Gespräch im November 1932 den hochrangigen Mitarbeitern der I.G. Farben Heinrich Bütefisch und

Heinrich Gattineau versicherte, die Herstellung synthetischen Benzins, um das Deutsche Reich unabhängiger von ausländischen Treibstoffen zu machen.[10] Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten schlossen das Reich und die I.G. Farben daher einen sogenannten Benzin-Vertrag, in dem sich der Chemiekonzern zum Ausbau der Kohlehydrierung verpflichtete und das Reich im Gegenzug einen Mindestpreis von 18,5 Pfennig pro Liter des synthetischen Benzins garantierte.[11] Sollte der Marktpreis unter diesem Wert liegen, würde der Staat die Differenz an die I.G. Farben zahlen. Läge der Preis über diesem Wert, müsste der Konzern die Mehreinnahmen an das Reich abführen. Die mangelnde Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt war so für die I.G. Farben kein Problem mehr. Mit dem Benzin-Vertrag erschien die Zukunft des synthetischen Treibstoffs zunächst gesichert.

In der Folgezeit gelang es dem Konzern, das Hydrierverfahren weiter zu verbessern und dadurch die Kosten zu senken. Zudem stieg der Weltmarktpreis für Öl wieder an, sodass der Preis des synthetischen Benzins ab 1936 über dem vereinbarten Mindestpreis lag. Die Gewinne wurden vertragsgemäß an das Reich abgeführt und beliefen sich bis 1945 immerhin auf 86,5 Millionen Reichsmark.[12]

Parallel zu den Vereinbarungen mit der I.G. Farben forcierte die Reichsregierung die weitere Produktion des Synthesebenzins. Dazu teilte Wirtschaftsminister Hjalmar Schacht den Vertretern der wichtigsten deutschen Braunkohlenförderer am 21. September 1934 in einer Besprechung mit, dass sich ihre Firmen am Aufbau eines gemeinsamen Unternehmens beteiligen müssten, das jährlich 400.000 bis 500.000 Tonnen synthetisches Benzin produzieren solle. Da die Firmenvertreter nicht für eine freiwillige Beteiligung zu gewinnen waren, erließ Schacht am 28. September 1934 die »Verordnung über die Errichtung von Pflichtgemeinschaften in der Braunkohlenwirtschaft«[13]. Damit und mit der anschließenden Durchführungsverordnung wurden die zehn wichtigsten Braunkohleunternehmen zur »Pflichtgemeinschaft der Braunkohleindustrie« zusammengeschlossen. Diese gründete am 26. Oktober 1934 die Braunkohle-Benzin AG, kurz BRABAG, die sowohl auf das von der I.G. Farben eingebrachte

Tankstelle für das als »deutsches Benzin« vermarktete synthetische Leuna-Benzin, 1936.

Bergius-Pier-Verfahren als auch auf das von den Werken der Ruhrchemie bevorzugte Fischer-Tropsch-Verfahren zur Kohlehydrierung setzte. Bei letzterem wird die Kohle zunächst durch die Zugabe von Wasserdampf und Luft in Gas umgewandelt. Mithilfe eines Katalysators entsteht aus diesem sogenannten Synthesegas bei hohen Temperaturen ein Gemisch aus Kohlenwasserstoffen, das durch Destillation in verschiedene Produkte aufgespalten werden kann.[14]

In den folgenden Jahren errichtete die BRABAG vier Produktionsanlagen in der Nähe von Leipzig in Böhlen und Zeitz, im brandenburgischen Schwarzheide und in Magdeburg. Hinzu kamen weitere Anlagen zur Herstellung synthetischer Treibstoffe, die von einzelnen Unternehmen betrieben wurden. Auf diese Weise stieg die Produktion von jährlich 108 Millionen Tonnen 1933 über 476 Millionen Tonnen 1936 auf 1.434 Millionen Tonnen 1939 an.[15]

Reichsbohrprogramm und Erdölimport

Neben der Kohleverflüssigung bot auch der Ausbau der deutschen Erdölförderung Substitutionsmöglichkeiten für das importierte Erdöl und seine Produkte. In Deutschland wurde bereits seit der Mitte des 19. Jahrhunderts Öl gefördert. In der NS-Zeit erhielt die Erkundung der deutschen Erdölvorkommen dann einen starken Schub. Dafür war das sogenannte Reichsbohrprogramm verantwortlich, das die Reichsregierung am 10. Januar 1934 verkündete.[16] Hauptbestandteil war ein Darlehen, mit dem das Reich für die beteiligten Unternehmen die Hälfte der Kosten der Ölbohrungen übernahm. Die Firmen mussten nur bei einer erfolgreichen Bohrung das Darlehen zurückzahlen. Mit dem Reichsbohrprogramm zielte die nationalsozialistische Regierung ab 1934 auf eine Ausweitung der inländischen Förderung. Allen Beteiligten war klar, dass man auf diese Weise keine absolute Autarkie erreichen konnte, aber man hoffte, zumindest die Abhängigkeit von ausländischen Öllieferungen deutlich reduzieren zu können.

Gleichzeitig erarbeitete die Reichsregierung einen neuen rechtlichen Rahmen für die Ölbohrung und -förderung sowie für den gesamten Bergbau, mit dem der Staat ein stärkeres Eingriffsrecht in diesen Wirtschaftsbereich erreichen wollte. War vorher der Grundeigentümer Besitzer der Bodenschätze, so wurde mit der Erdölverordnung vom 13. Dezember 1934 ein sogenannter Staatsvorbehalt eingeführt: Die Exploration und die Förderung von Erdöl standen von nun an nur dem Staat zu. Dieser konnte das Recht dazu an Dritte vergeben. Ziel war es, umfangreiche Konzessionen zu übertragen und die vorherige Zersplitterung der Förderung zu verhindern.

Hinzu kam das Lagerstättengesetz vom 4. Dezember 1934.[17] Alle Firmen und geologischen Landesanstalten mussten ihr geologisches und geophysikalisches Material der Preußischen Geologischen Landesanstalt zur Verfügung stellen. Zudem waren die Grundeigentümer verpflichtet, »geophysikalische Messungen auf ihrem Grund und Boden zu gestatten«[18]. Auf dieser Basis konnte die preußische Behörde aktuelle Karten erstellen und systematischer bei der Exploration vorgehen.

Insgesamt war das Reichsbohrprogramm zwischen 1934 und 1945 außerordentlich erfolgreich.[19] Bei 504 von 643 Bohrungen stieß man auf Erdöl, wobei die Unternehmen 19 neue Erdölfelder erschließen konnten. Angeschoben durch das Engagement des Reiches, verdreifachte sich die deutsche Erdölförderung zwischen 1933 und 1939.[20] Allerdings wurde das deutsche Rohöl meistens zu Schmierölen für ein reibungsarmes Funktionieren von Motoren und Maschinen weiterverarbeitet, da es von der Qualität her nicht zur Herstellung des dringend benötigten Flugbenzins geeignet war.[21]

Trotz der beachtlichen Erfolge bei der Eigenproduktion von Schmier- und Treibstoffen hinkte die Industrie den Vorgaben des Vierjahresplans hinterher. Zudem wurde den Verantwortlichen immer klarer, dass für die Versorgung im Kriegsfall noch viel mehr Treibstoff vonnöten war als ursprünglich angenommen. Daher veranschlagte die Reichsregierung deutlich höhere Ausgaben für die Produktion dieser Treibstoffe. Um die Bedürfnisse der Wehrmacht und des deutschen Marktes zu stillen, reichten das deutsche Erdöl und die synthetischen Treibstoffe nicht aus, sodass zusätzlich Öl aus rohstoffreichen Nachbarländern importiert werden musste.

Insbesondere die Verbindungen zu Rumänien wurden dabei genutzt.[22] Von dort kamen bereits vor dem Krieg 20 Prozent der deutschen Mineralöleinfuhren. Im März 1939 schlossen das Deutsche Reich und Rumänien einen Rahmenvertrag für ihre Wirtschaftsbeziehungen, der Deutschland großen Einfluss auf die rumänische Wirtschaft sicherte. Mit Kriegsbeginn im September 1939 erhöhte die Reichsregierung den politischen Druck auf Rumänien. Wenige Monate später wurden die Beziehungen durch den Abschluss des sogenannten Ölpakts weiter ausgebaut. Die beiden Länder vereinbarten deutsche Waffenlieferungen gegen rumänisches Erdöl und legten in dem Abkommen die Preise dafür fest.[23] Zunächst blieben die Öllieferungen hinter den vereinbarten Mengen zurück, doch mit der Regierungsübernahme durch den hitlertreuen Ion Antonescu im September 1940 wendete sich das Blatt. Rumänien arbeitete jetzt noch enger mit dem Deutschen Reich zusammen und lieferte im Krieg zwischen 55 und 70 Prozent der eigenen Ölförderung

an die Achsenmächte Italien und Deutschland. Für den Transport wurden zusätzliche Donautanker gebaut und die Eisenbahnverbindungen erweitert. Ab 1943 verpflichtete sich Rumänien sogar, den Verbrauch im Inland zu drosseln, um seinen Lieferzusagen nachkommen zu können.

Treibstoffmangel im Krieg

Auch die Sowjetunion lieferte Rohöl auf der Basis mehrerer Wirtschaftsabkommen, sodass knapp die ersten zwei Kriegsjahre im Hinblick auf die Ölversorgung relativ unproblematisch waren. Durch die eigene Produktion sowie die rumänischen und sowjetischen Lieferungen war die Versorgung sichergestellt. Erst mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 wurde die Situation prekär. Durch die länger als ursprünglich geplante Dauer der »Unternehmen Barbarossa« genannten Invasion der Sowjetunion geriet die nationalsozialistische Führung unter Zugzwang. Zur Erschließung weiterer Ölvorkommen für den enormen Bedarf der Wehrmacht nahm sie die im Kaukasus gelegenen Ölquellen ins Visier.[24] Insofern war der Zweite Weltkrieg auch ein Kampf um die Kontrolle wichtiger Ressourcen.[25] Als die deutschen Truppen im Juli 1942 das strategisch bedeutsame Rostow besetzten und wenige Wochen später in das nordkaukasische Maikop einmarschierten, wurde allerdings schnell deutlich, dass die dortigen Ölförderanlagen zum einen schwer zu erreichen und zum anderen gründlich zerstört worden waren und das kaukasische Öl keine Entlastung brachte. Der geplante Eroberungsfeldzug über Grosny nach Baku gelang nicht mehr, und mit der Niederlage bei Stalingrad im Januar/Februar 1943 sowie der Rückeroberung Rostows durch die Rote Armee hatten sich die deutschen Erdölpläne endgültig erledigt. Immer rücksichtloser wurden daher bereits eroberte Erdölvorkommen etwa im Baltikum oder in Galizien ausgebeutet. Auch die Produktion im Reich und in Österreich wurde unerbittlich vorangetrieben. Dabei wurden zunehmend Fremd- und Zwangsarbeiter eingesetzt.

Einen entscheidenden Schlag erlitt die deutsche Treibstoffversorgung durch die neue Luftkriegsstrategie der Alliierten, die ab Mai 1944 gezielt die Synthesewerke angriffen.[26] Diese waren ungeschützt und konnten kaum verteidigt werden. Unter hohem Aufwand wurden sie immer wieder instand gesetzt, nur um wenige Tage später erneut aus der Luft angegriffen zu werden. Der Versuch, die Synthesewerke unter die Erde zu verlagern, war wenig erfolgreich. So entstand insbesondere beim Flugbenzin, das fast komplett in den Synthesewerken hergestellt wurde, eine enorme Lücke. Als im Sommer 1944 nach der Eroberung Rumäniens durch die Alliierten auch noch die rumänischen Lieferungen ausfielen, versuchte die Reichsregierung verzweifelt, kleine Syntheseanlagen zu bauen und kompliziert zu fördernde Ölvorkommen wie etwa Ölschiefer zu nutzen. Diese völlig unrentablen Projekte konnten nur durch den erbarmungslosen Einsatz von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen durchgeführt werden. Eine Wende ließ sich damit nicht mehr erzwingen, bei Kriegsende war die deutsche Treibstoffversorgung fast zusammengebrochen. Die Produktion der Hydrierwerke lag bei etwa drei Prozent des ehemaligen Höchststandes.[27] Letztendlich wurde der Krieg auch durch die Treibstofflage entschieden.

Kohlenförderung im Nationalsozialismus

Der hohe Bedarf an militärischem Material und der große Ausbau der Kohleverflüssigung hatten enorme Auswirkungen auf die Kohlenförderung in der NS-Zeit. Die Steinkohlenförderung war im Zuge der Weltwirtschaftskrise seit 1929 in große Schwierigkeiten geraten, da die ausländischen Absatzmärkte weggebrochen waren. Die Rahmenbedingungen änderten sich mit der Machtübernahme Hitlers zügig. Insbesondere die Übertragung der bergrechtlichen Zuständigkeiten von den Ländern auf das Reich im Februar 1935 war ein wichtiger Einschnitt. Das Reichslagerstättengesetz sowie das Gesetz zur Erschließung von Bodenschätzen vom Dezember 1936 verstärkten die Eingriffsrechte des Staates in den Bergbau zusätzlich.[28]

Ab 1936 machte sich die anziehende Konjunktur bei der Kohlenproduktion deutlich bemerkbar – eine Folge der Aufrüstung, denn die Steinkohle wurde für die kriegswichtige Eisen- und Stahlproduktion gebraucht.[29] Das kam insbesondere dem Bergbau im Ruhrgebiet zugute, wo die meisten Steinkohlenzechen beheimatet waren. Der Reichsregierung ging es in dieser Phase vor allem um die Sicherung des Energiebedarfs für die eingeleiteten wirtschaftlichen Maßnahmen und eine enge Verzahnung der Autarkieprojekte mit dem Bedarf der Wehrmacht. Viele Unternehmen sahen die mehr als ambitionierten politischen Planvorgaben jedoch skeptisch, da sie befürchteten, Überkapazitäten zu schaffen. Die Planzahlen konnten aus diesem Grund – und weil es an qualifizierten Arbeitskräften mangelte – niemals erfüllt werden. Auch Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Reich, den zuständigen NSDAP-Abteilungen und der Kohleindustrie trugen nicht zu stabilen Beziehungen bei. Wenig Entlastung brachten die Eroberungen mit Beginn des Krieges. Zwar wurden wichtige Kohlereviere, wie etwa im östlichen Oberschlesien, für das Reich verfügbar. Gleichzeitig musste aber zum Beispiel dringend benötigte Kohle in das seit 1938 zum Reich gehörende Österreich transportiert werden.

Einen im Vergleich zur Steinkohle ungeahnten Aufschwung erlebte hingegen die Braunkohlenförderung in Deutschland. Sie war »[d]ie mit Abstand erfolgreichste deutsche Bergbausparte im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts«[30]. Dies lag unter anderem daran, dass die Braunkohle einerseits für den steigenden Strombedarf und andererseits als Briketts zum Heizen genutzt wurde. In der NS-Zeit profitierte sie zudem stark von der Kohlehydrierung in Mitteldeutschland, für die sie als Ausgangsprodukt diente.[31] Die Braunkohleunternehmen waren offener für den von Seiten des Staates geforderten Kapazitätsausbau als die Unternehmen der Steinkohleindustrie, da sie einen weiter steigenden Bedarf an Braunkohle auch für die Zeit nach dem Krieg erwarteten. Insbesondere der Raum um Halle-Leipzig und die Lausitz entwickelten sich in dieser Zeit zu Boomregionen der Braunkohlenförderung. Die Ausweitung der Förderung stieß allerdings auch an ihre Grenzen, vor allem weil der Bau von Großmaschinen für den Bergbau im Krieg zurückgeschraubt werden musste.

Aufruf zum Kohlesparen in Kriegszeiten, 1942.

Die »auf Hochtouren laufende Rüstungskonjunktur«[32] sorgte somit zwar für einen Boom bei der Förderung energetischer Rohstoffe. Dieser hatte jedoch einen hohen Preis. Weil für die Kriegswirtschaft die schnelle Ausweitung des Energieinputs nötig war, verblieb kaum Zeit für eine systematische Modernisierung der Kohlenförderung. Stattdessen beuteten die Unternehmen die besten und gewinnträchtigsten Lagerstätten aus und betrieben auf diese Weise »Raubbau«[33]. Viele Maschinen, etwa beim Braunkohleabbau, wurden nicht erneuert, sondern »auf Verschleiß gefahren«[34], was die Nachkriegswirtschaft stark belastete.

Hinzu kam ein großes Arbeitskräfteproblem. Es hatte bereits vor dem Krieg eingesetzt, denn ein Teil der Arbeiter hatte vor allem dem Steinkohlenbergbau den Rücken gekehrt, um in den attraktiveren schwerindustriellen Nachbarbranchen des Bergbaus unterzukommen. Im Krieg wurden zudem viele Arbeiter in die Wehrmacht oder den Reichsarbeitsdienst eingezogen, was die Unternehmen durch den Einsatz von Zwangs- und Fremdarbeitern kompensierten. Aufgrund ihrer schlechten Arbeitsbedingungen und ihrer oftmals nicht

adäquaten Qualifikation sank die Arbeitsproduktivität im Bergbau. Mit ihrer Befreiung 1945 verließen die Fremd- und Zwangsarbeiter ihre Arbeitsplätze und schufen damit im Bergbau eine massive Lücke. Die Alliierten waren nach dem Ende des Krieges in den jeweiligen Besatzungszonen bemüht, die Lücke zu schließen und die Produktivität der Branche zu steigern.

Das Problem der mangelnden Produktivität wog schwerer als die Zerstörungen der Anlagen, die nach Kriegsende zügig repariert werden konnten. So lag beispielsweise die Steinkohlenförderung im Ruhrbergbau im Januar 1946 bereits wieder bei etwa 40 Prozent des Standes von 1938.[35] Auf dem Gebiet der SBZ war die Braunkohlenförderung 1946 sogar schon wieder höher als 1936.[36]

Die sich in diesen Zahlen widerspiegelnde Verteilung der natürlichen Ressourcen auf die Besatzungszonen war eine zentrale Ausgangsbedingung für die wirtschaftliche Entwicklung in Ost- und Westdeutschland. Der Hauptteil der deutschen Steinkohle und der mit ihr verbundenen Industrie lag im Ruhrgebiet und damit in der britischen Besatzungszone. Hier waren 90 Prozent der Kohle aus den vier Besatzungszonen ohne die Saar konzentriert. Zudem produzierten die Unternehmen im Ruhrgebiet 72 Prozent des Gusseisens, 74 Prozent des Stahls und 69 Prozent der Walzwerkerzeugnisse.[37] Dagegen lag der Löwenanteil der Braunkohlevorkommen in der sowjetischen Besatzungszone. Auch der Großteil der deutschen Erdölförderung befand sich in der britischen Besatzungszone, deren Bedeutung für die wirtschaftliche Rekonstruktion nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüber der Stein- und Braunkohle jedoch deutlich geringer zu veranschlagen ist. Die geografische Verteilung der Ressourcen hatte weitreichende Folgen für die Energieversorgung der Besatzungszonen – ebenso wie die dort etablierten unterschiedlichen Wirtschaftssysteme.

3 ZWISCHEN PLAN- UND MARKTWIRTSCHAFT: DIE ALLIIERTEN UND DER KOHLENBERGBAU (1945–1949)

»Genossen! Über die erste Phase unserer Bewegung: Begründung und Lehre, und die zweite Phase: Agitation und Werbung hinaus ist der Sozialismus inzwischen in seine dritte Phase eingetreten: Verwirklichung und Erfüllung. Verwirklichung der sozialistischen Idee auf wirtschaftlichem Gebiete aber bedeutet: Lenkungswirtschaft und Sozialisierung. […]

Es besteht […] Einigkeit darüber, daß auch die sozialisierten Wirtschaftszweige einzubauen sind in ein Erzeugung und Verteilung sinnvoll lenkendes, unter dem Bedarfsgesichtspunkt gestelltes Wirtschaftssystem. Denn Sozialisierung ist kein Teilakt, es muß auch der sozialisierte Wirtschaftszweig überwölbt werden von einem Generallenkungsplan. Dieser Lenkungsplan hat natürlich auch die Landwirtschaft und die Arbeitspolitik einzubeziehen. Politische und wirtschaftliche Gründe bestimmen uns, die Grundstoff- und Schlüsselindustrien zu sozialisieren, nicht zuletzt deshalb, weil es sich hier um akute Machtfragen handelt.«[1]

Mit diesem klaren Bekenntnis zur Sozialisierung zentraler Wirtschaftsbereiche und staatlichen Lenkung der Wirtschaft fasste der damalige SPD-Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen Erik Nölting am 1. Juli 1947 die Position des Wirtschaftspolitischen Ausschusses beim SPD-Parteivorstand zur Frage der Sozialisierung zusammen. Diese Position war in der Nachkriegszeit keine Minderheitenmeinung, sondern entsprach einem breiten gesellschaftlichen Konsens, der von den Gewerkschaften über die KPD und SPD bis in die CDU hineinreichte.[2] Im Zentrum der Überlegungen hinsichtlich einer solchen Sozialisierung standen insbesondere der Kohlenbergbau und die damit verbundenen Industriezweige, da nicht nur die Al-

liierten, sondern auch große Teile der Bevölkerung die Industrieelite für den Aufstieg Hitlers und der NSDAP mitverantwortlich machten. Eine wirtschaftliche und politische Machtkonzentration auf Unternehmerseite sollte deshalb zukünftig verhindert werden.

Um die Umsetzung der Sozialisierung zu besprechen, hatte sich der Wirtschaftspolitische Ausschuss der SPD um einige Gewerkschaftsvertreter und weitere Persönlichkeiten zur sogenannten Sozialisierungskommission erweitert und im ersten Halbjahr 1947 Ergebnisse erarbeitet.[3] In Bezug auf die Kohle hielt Nölting dazu vor den Parteitagsdelegierten fest: »Die Sozialisierungskommission hat sich zunächst mit den Sozialisierungsformen für die Kohlenwirtschaft, die eisen- und stahlschaffende Schwerindustrie bis zum Halbzeug und die Grundstoff- und Großchemie beschäftigt. Hier liegen jetzt konkrete Sozialisierungsvorschläge vor. Ich sagte absichtlich Kohlenwirtschaft und sagte nicht Kohlenbergbau; denn in die Sozialisierung dieses Wirtschaftszweiges sind auch die sogenannten ›milchgebenden Kühe‹ des Bergbaus, d.h. die Kohleveredelung, die Treibstoffgewinnung und der Zechenhandel einzubeziehen. Denn wir dürfen uns nicht in eine Sozialisierung der Unterbilanzen und der roten Verlustziffern hineinmanövrieren lassen, damit man später nicht mit dem Finger auf uns zeigt und behauptet, die Sozialisierung habe sich blamiert.«[4]

Die Positionen Nöltings und der Sozialisierungskommission stießen in der SPD auf große Resonanz. Der Partei waren in dieser Hinsicht bereits Erfolge gelungen. Sie hatte im hessischen Verfassungsentwurf gegen den Widerstand der amerikanischen Besatzungsmacht einen Paragrafen verankert, der bestimmte, dass mit Inkrafttreten der Verfassung »der Bergbau (Kohlen, Kali, Erze), die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen«[5] in Gemeineigentum zu überführen seien. In der Volksabstimmung über die Verfassung und einer separaten Abstimmung über den Sozialisierungsparagrafen votierte die hessische Bevölkerung am 1. Dezember 1946 mit 71,9 Prozent der abgegebenen Stimmen klar für diesen Plan.[6] Allerdings musste die Umsetzung des Paragrafen in der

Folgezeit noch genauer bestimmt werden. Da der Bergbau in Hessen jedoch bis auf einige Braunkohlengruben nur eine geringe Rolle spielte, war entscheidender, ob der SPD die Sozialisierung in Nordrhein-Westfalen gelingen konnte. Dort war die Durchsetzung der Sozialisierungspläne aufgrund der zentralen Bedeutung des Ruhrbergbaus für die wirtschaftliche Rekonstruktion in Deutschland und Europa deutlich schwieriger.

Sozialisierungspläne im Ruhrbergbau

Den Briten, in deren Zone der Ruhrgebietsbergbau lag, war die wichtige Rolle der deutschen Kohle für die Zukunft Europas bereits mit Übernahme der Besatzungsherrschaft klar. Aus diesem Grund wollten sie den Bergbau zügig wieder in Gang bringen und die Förderung schnell erhöhen. Gleichzeitig beabsichtigten sie mit Übernahme der Regierungsgewalt, die Grundsätze der Besatzungsherrschaft, insbesondere die Entflechtung der großen Ruhrkonzerne, umzusetzen. Eine grundlegende Entscheidung in dieser Hinsicht war die Beschlagnahmung aller Bergwerke am 22. Dezember 1945.[7] Diese Maßnahme diente zunächst einmal dazu, Ansprüche der anderen Alliierten auf die Ruhrkohle abzuwehren. Zudem versuchte die britische Regierung, die Nutzung der deutschen Kohle für den europäischen Wiederaufbau mit der britischen Kohlenförderung in Einklang zu bringen. Dieses Vorhaben konnte sie am besten erreichen, wenn sie selbst über die Förderung der Ruhrkohle bestimmte. Auch hinsichtlich der Entnazifizierung war es schwer vorstellbar, »die Ruhrzechen im Besitz jener Konzerne und unter der Leitung jener Manager zu lassen, die von den Alliierten zu den Hauptschuldigen an der Entstehung der NS-Diktatur und am Zweiten Weltkrieg gezählt wurden.«[8]

Die Verfügungsgewalt über die Zechen unterstand somit ab Dezember 1945 der North German Coal Control (NGCC), die ihren Sitz mit hohem Symbolwert in der Villa Hügel, dem ehemaligen Wohnhaus der Familie Krupp in Essen, hatte. Zudem installierten die Briten die German Mines Supply Agency, welche die Materialien für

den Bergbau beschaffte. Auf diese Weise wurde die Versorgung mit Maschinen oder Baustoffen für alle Betriebe zentral gesteuert. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, das zuvor für den Vertrieb der Kohle zuständig gewesen war, wurde aufgelöst.[9] An seine Stelle trat die Ruhrkohlenzentrale, die 1946 in North German Coal Distribution Office (NGCDO) umbenannt wurde.

Mit der Beschlagnahmung des deutschen Bergwerksbesitzes in der britischen Zone und der Übernahme der Verwaltung des Bergbaus stellte sich für die Besatzungsmacht die Frage, ob der Bergbau nicht sozialisiert werden sollte. Im eigenen Land führte die britische Labour-Regierung unter ihrem Premierminister Clement Attlee 1946 das tatsächlich durch. Die britische Regierung erließ dazu ein Gesetz, mit dem die meisten britischen Zechen zum 1. Januar 1947 einem National Coal Board unterstellt wurden.[10] Warum sollte man diese Praxis nicht dauerhaft auch in der britischen Besatzungszone verankern?

Die britische Regierung begann 1946 entsprechende Pläne auszuarbeiten[11], wie Außenminister Ernest Bevin erstmals öffentlich in einer Rede vor dem Unterhaus am 22. Oktober 1946 erklärte, als er ausführte, dass »diese Industrien […] Eigentum des Volkes sein und vom Volk betrieben werden«[12] müssten. Die britische Regierung sah dafür drei Schritte vor.[13] Für die erste Phase plante sie, deutsche Treuhänder für die zu sozialisierenden Branchen einzusetzen. Anschließend sollten nach den für das Frühjahr 1947 geplanten ersten Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen öffentliche Körperschaften ins Leben gerufen werden und die Betriebe übernehmen. Drittens sollte eine internationale Kontrolle sichergestellt sein.

Um diese Planungen umzusetzen, wollten die Briten im November 1946 zunächst die deutschen Treuhänder berufen. Das wurde vom Alliierten Kontrollrat in Berlin verzögert. Zudem konnte sich die britische Regierung nicht einigen, welches Ministerium für die Festlegung der Treuhänder zuständig sein sollte. Bei einem neuen Anlauf im Februar 1947 intervenierten die westeuropäischen Verbündeten. Frankreich sprach sich gegen eine Sozialisierung aus, da man auf diese Weise einen zukünftigen deutschen Staat unnötig